

ANTRAG

der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP

Erklärung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zu russischer Einflussnahme notwendig – Vertrauen zurückgewinnen und Widersprüche aufklären

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Seit dem Frühjahr 2022 werden öffentlich Vorwürfe erhoben, dass die Idee zur Gründung und der Entwurf der Satzung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ von der Nord Stream 2 AG stammen würden und nicht von der Landesregierung. Dies würde implizieren, dass die Landesregierung nicht Herrin des Verfahrens war, sondern nur eine Erfüllungsgehilfin für russische Staatsinteressen.
2. Am 12. April 2022 stellte die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bei einer Pressekonferenz auf explizite Nachfrage unmissverständlich klar: „Die Vorwürfe sind falsch. [...] Die Idee zur Gründung ist innerhalb der Landesregierung vom damaligen Energieminister Christian Pegel entwickelt worden.“¹² Da es sich um ein vorbereitetes Statement der Ministerpräsidentin zu dieser offenbar erwarteten Frage in einer kommunikativen Krisenlage der Regierung handelte, ist davon auszugehen, dass das Statement durch die Ministerpräsidentin präzise geprüft und abgewogen wurde.

¹ Pressekonferenz der Ministerpräsidentin vom 12. April 2022, ab 15:26 Min (korrekte Zeitmarke ist gesetzt): <https://youtu.be/NenrB1WP8uY?feature=shared&t=926>

² NDR 1 Radio MV Aktuell, 12. April 2022: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Klimastiftung-MV-Macht-Schwesig-Pegel-zum-Suendenbock,klimaschutzstiftung102.html>

3. Im März 2023 berichteten Medien, dass die Metadaten der Datei der Stiftungssatzung als Verfasserin die damals für die Nord Stream 2 AG tätige Kanzlei Freshfields, Bruckhaus, Deringer ausweisen. Dies wurde auf Nachfrage des NDR damit erklärt, dass der Minister Christian Pegel auf Vorlagen aus bei Anwälten gebräuchlichen sogenannten Musterformularbüchern zurückgegriffen habe, um seinen ersten Entwurf der Satzung zu erstellen³.
 4. Am 24. Januar 2025 hat der ehemalige CEO der Nord Stream 2 AG, Matthias Warnig, in seiner Vernehmung im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ausgesagt, dass die Idee der Gründung einer Stiftung zur Fertigstellung der Nord Stream 2 Pipeline aus der Rechtsabteilung des russischen Staatsunternehmens Nord Stream 2 AG stammte und der Konzern für die Satzungserstellung eigene Anwälte beauftragt habe.
 5. Durch die Aussage des Zeugen Matthias Warnig und die Indizien in den Akten des Untersuchungsausschusses steht eine über mehrere Jahre nicht korrigierte öffentliche Falschaussage der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Raum. Dies beschädigt das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Regierungschefin.
- II. Der Landtag fordert die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf, die Widersprüche zwischen ihren eigenen Angaben und den Aussagen von Matthias Warnig gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit zweifelsfrei auszuräumen und endlich umfassende Transparenz über die Umstände der Gründung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ herzustellen, um das beschädigte Vertrauen in ihre Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.

Constanze Oehlrich und Fraktion

Daniel Peters und Fraktion

René Domke und Fraktion

³ NDR Nordmagazin, 11. März 2023: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Klimastiftungs-Satzung-von-Anwaltskanzlei-verfasst-Pegel-verneint,klimastiftungmv154.html>

Begründung:

Die Aussage des Zeugen Matthias Warnig sowie Hinweise in den Akten des Untersuchungsausschusses legen den Verdacht nahe, dass die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig über Jahre hinweg eine von ihr getroffene öffentliche Falschaussage nicht korrigiert hat. Dies untergräbt das Vertrauen in ihre Glaubwürdigkeit als Regierungschefin.

Die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig muss die bestehenden Widersprüche daher umgehend und umfassend auflösen. Beispielsweise könnte das beschädigte Vertrauen durch bisher nicht vorgelegte entlastende Unterlagen wiederhergestellt werden.

Falls die Aussage von Matthias Warnig zutreffend ist, hat die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig die Öffentlichkeit über die Entstehungsgeschichte der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ trotz Nachfragen nachweislich über Jahre hinweg getäuscht. Zugleich hätte sie damit die Reichweite der russischen Einflussnahme auf die Landesregierung vertuscht.